Specialität!
Baumkuchen,
in bek. tad.-fl. Qual., bei Geburtstags-, Hochzeits- und Tauffestlichkeiten, sowie für jede Tafel pass., vers.tägl. fr. m. Verp. f. 5 Mk. und grösser. Oster-Bestellungen erb. rechtzeitig.
Paul Lange, Conditor.
Bischofswerda, Sachsen.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1894.

Havelocks von 15 Mk. an.
Schlafrock-Meyer. Frauenstr. 8 u. 10.

Das feinste Aroma hat gerösteter
„Karlsbader Kaffee!"
Höchster Extractgehalt!
Max Thürmer, Dresden, Kaulbach-Strasse 18.

Alle technischen Waaren von
Gummi u. Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 24

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

MATTONI'S
GIESSHÜBLER
feinster alkalischer
SAUERBRUNN

Hauptniederlagen in Dresden:
MOHRENAPOTHEKE, Pirnaischer Platz,
WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11,
KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34. Grosse Auswahl in Neuheiten hochelegant garnirter Damenhüte in **jeder** Preislage. Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris, Wien.

Nr. 74. Spiegel: Kontitte durch die Schwäche der Reichspolitik. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Leipziger Juristenfakultät, Diakonus Peilschmidt †, Verein Dresdner Gastwirthe, Gerichtsverhandlungen, Prozeß Plack-Schweinhagen.

Donnerstag, 15. März.

Politisches.

Das Interesse an den Reichstagsverhandlungen über den deutsch-russischen Vertrag ist erschöpft, nachdem zwei namentliche Abstimmungen, die dasselbe Stimmenverhältniß ergaben, die endgiltige Annahme zweifellos gemacht haben. Neue Fragen werden von keiner Seite mehr aufgeworfen, und was noch in zweiter Lesung gegen oder für den Vertrag vorgebracht wurde, war eine Wiederholung oder eine Variation der längst bekannten Argumente. Die Führer der demokratisch-antinationalen Regierungscohorten fühlen sich in ihrer siegreichen Position so behaglich und befriedigt, daß sie darauf verzichten, die leidenschaftliche Erregung noch einmal künstlich anzufachen, und auch die Herren vom Bundesrathstische vermag selbst die abfälligste Kritik der Opposition nicht mehr aus ihrer friedlichen Ruhe aufzurütteln. Der Bauleiter Graf von Caprivi und sein erster Gehilfe, Freiherr v. Marschall, verspüren keine Lust, sich das Siegesbewußtsein beeinträchtigen und den Genuß der Jubelhymnen verkümmern zu lassen, welche die semitisch-freisinnige Gefolgschaft anstimmt. So groß ist die Freude über den Erfolg, die die Leiter der Handelsvertragspolitik mit Hilfe der ehemaligen Reichsfeinde davongetragen haben, so sehr sind sie von der Herrlichkeit und den segensreichen Wirkungen der jüngsten Großthat des neuen Kurses überzeugt, daß sie angesichts der unleugbaren Vortheile desselben nunmehr sogar die schweren Opfer, welche die Landwirthschaft bringen muß, gänzlich in Abrede stellen. In pathetischen Dithyramben hat der Staatssekretär des Auswärtigen vorgestern im Reichstage seiner „festen Ueberzeugung" Ausdruck gegeben, daß die Landwirthschaft den deutsch-russischen Vertrag sehr bald mit anderen Augen ansehen, daß sie sich sogar „wohl fühlen" werde, wenn der „Schutz einer nationalen Arbeit", den die Regierungen anstreben, zu voller Wirkung gebracht sein werde.

Und doch hat der Reichskanzler keine Ursache, auf seinen Sieg mit stolzer Genugthuung zu blicken und mit gehobener Zuversicht und unerschütterlichem Vertrauen in die Zukunft zu schauen. Er erscheint zwar nominell als der siegreiche Feldherr, aber er ist nicht berechtigt, einen persönlichen Triumph zu feiern und die Annahme des Vertrages mit Rußland als einen Erfolg seiner Politik anzusehen. Denn ein vollendetes Meisterstück ist der Handelsvertrag nicht, so wenig der Nutzen in Abrede gestellt werden soll, den sich Handel und Industrie davon versprechen. Der Vertrag hat einen Konflikt zwischen den beiden großen Produktivständen der Nation heraufbeschworen; er hat die Solidarität, die zwischen Landwirthschaft und Industrie im nationalen Interesse bestehen soll, und früher unter der Schutzzollpolitik des Fürsten Bismarck bestanden hat, unterbrochen und die inneren Kämpfe zu einer Bitterkeit und Schärfe anwachsen lassen, die schließlich den Charakter einer großen Krisis anzunehmen drohte. Die Art und Weise ferner, wie der Vertrag mühsam unter Dach und Fach gebracht worden ist, die Mittel insbesondere, die angewandt werden mußten, um die Opposition zu bekämpfen und zu schwächen, die wilde Hetze der offiziösen und demokratischen Preßmeute, die gegen die Agrarier losgelassen wurde, die bedenkliche Hereinziehung der persönlichen Autorität des Monarchen, um den Willen der Widerspenstigen zu brechen: das Alles hat die Kluft zwischen den verantwortlichen Leitern der Reichspolitik und denjenigen Parteien erweitert, die von jeher die zuverlässigen Vertreter des nationalen Gedankens und die treuen Hüter der monarchischen Gesinnung gewesen sind, deren fester Zusammenschluß und friedliches Zusammenwirken auf die Dauer allein die Grundlage und die Gewähr bieten kann für eine gedeihliche Weiterentwickelung des Reiches. Die Mitwirkung derjenigen parlamentarischen Elemente, die ihrer Gegnerschaft gegen den Handelsvertrag treu geblieben sind, kann bereits in der allernächsten Zukunft nicht entbehrt werden, wenn überhaupt an die Möglichkeit weiterer positiver gesetzgeberischer Arbeit gedacht werden soll. Die Gegensätze aber, die in wirthschaftlicher, politischer und sozialpolitischer Beziehung zwischen dem ersten Rathgeber der Krone und den nationalen und konservativen Parteien obwalten, sind so prinzipieller Art, haben in Folge der Vorgänge der letzten Jahre auf dem Gebiete der inneren wie der äußeren Politik so tief Wurzeln geschlagen, daß es dem Grafen Caprivi selbst bei dem besten Willen nicht gelingen kann, jenes Vertrauen des national gesinnten Theils des deutschen Volkes zu gewinnen und sich zu sichern, welches die Voraussetzung für die Führung einer gesunden, kräftigen inneren Politik und für die Sammlung aller wahrhaft staatserhaltenden Elemente um eine starke, zielbewußte Regierung bildet.

„Die Schlacht ist verloren!" rief am Dienstag der Führer des Bundes der Landwirthe im Reichstage aus; „aber wir geben den Kampf nicht auf!" Dieser Kampf, den die konservative Partei fortzuführen entschlossen ist, gilt nicht der Persönlichkeit des Reichskanzlers, sondern vielmehr jener Politik, für die derselbe die Verantwortung übernommen und zu tragen hat und die dahin führte, daß heute die ganze konservative Partei geschlossen und mit ihr große Theile der übrigen nationalen Parteien ohne Hoffnung dem leitenden Staatsmann gegenüberstehen und mit wachsendem Mißtrauen erfüllt werden müssen, wenn der Kanzler des Deutschen Reiches, welcher der berufene Bannerträger des nationalen Gedankens sein sollte, immer wieder seine Hauptstütze dort sucht und findet, von wo aus unter dem bewährten alten Kurse alle Ziele und Maßregeln einer kräftigen nationalen Politik mit leidenschaftlichem Haß bekämpft wurden. Die unabhängige konservative Presse läßt deutlich genug erkennen, daß das Gros der gegenwärtigen konservativen Opposition nicht gewillt ist, nach der Annahme des russischen Handelsvertrages mit dem Reichskanzler Frieden zu schließen. Der Kampf gegen die Politik des Kanzlers wird fortgesetzt! Das wird nach wie vor die Parole bleiben müssen, wenn unser gesammtes politisches Leben wieder gesunden soll. Daß diese Parole selbst in regierenden Kreisen Verständniß findet, beweist u. A. das Verhalten des preußischen Finanzministers während der Debatten über den Handelsvertrag. Miquel ist in seiner Stellung nicht befugt, über seinen Kollegen Caprivi zu Gericht zu sitzen, aber in eingeweihten Kreisen ist es längst kein Geheimniß mehr, wie wenig Anerkennung er der Politik des Kanzlers zu zollen vermag. „Herr Miquel", schreibt die konservative „Schles. Ztg.", „ist ein überaus klarer Mann und ohne Zweifel ein warmer Patriot. Wie könnte ihm also die Thatsache entgangen sein, daß der neue Kurs in vielen und wichtigen Fällen verhängnißvoll geirrt, daß namentlich in den Abmachungen mit auswärtigen Staaten Deutschland vielfach entschieden den Kürzeren gezogen hat? Wäre es zu verwundern, wenn er die hierdurch hervorgerufenen Besorgnisse weiter und patriotischer Bevölkerungskreise theilte? Theilt aber ein so scharfsinniger Staatsmann wie Herr Miquel diese Besorgnisse, so wird er mindestens zu einer reservirten Haltung gegenüber neuen politischen Aktionen des neuen Kurses veranlaßt werden müssen und einem Wechsel in der Besetzung des ersten Reichspostens seinen Einfluß nicht entgegensetzen."

Ebenso bezeichnend wie diese Auslassung ist die überaus scharfe Kritik, die gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo nach der Annahme des Handelsvertrages eine neue Situation entsteht, das hervorragendste Organ der konservativen Partei an der gesammten Politik des Grafen Caprivi übt. „Kein Mensch in Europa", schreibt die „Kreuzztg." u. A., „hat daran vor wenigen Jahren noch gezweifelt, daß die führende Rolle in der europäischen Politik Deutschland gehöre, das die größten Opfer gebracht hatte und sie ja noch heute bringt. Diese Stellung wurde errungen durch eine kühne Politik, die zugleich unter steter Berücksichtigung der deutschen Interessen mit starker Hand den Frieden der Welt aufrecht erhielt. Eine Politik, welche in der Praxis die Anschauung bethätigte, daß jedes Arbeiten für fremde Interessen auf Kosten der eigenen eine Einbuße an Ansehen und Kraft bedeute. Eine Politik, die hervorgewachsen war aus einem glühenden phantasie- und willensreichen Idealismus, der weiten Blickes in die Zukunft schaute, und mit steter Benutzung der unberechenbaren Wechselfälle plötzlich auftauchender Kombinationen mit untrüglicher Sicherheit die Richtung des einmal eingeschlagenen Kurses beizubehalten verstand. Als Se. Majestät mit den Worten: der „Kurs bleibt der alte" dem neuen Kanzler die Beibehaltung dieser Richtung vorschrieb, mag General v. Caprivi wohl zunächst die Absicht gehabt haben, die Bahnen seines ihm so unendlich überlegenen Vorgängers weiter zu wandeln. Aber von Anfang bis zu Ende — oder sagen wir lieber bis zur Stunde — hat ihm die Kraft und die Einsicht dabei versagt. Daß jene von Sr. Majestät gegebene Direktiven ihm nicht eingehalten worden ist, darüber kann heute ein Zweifel nicht mehr sein. Der neue Kurs ist nicht der alte, man könnte ihn vielmehr als sein direktes Gegentheil bezeichnen. Graf Caprivi hat mit seinen ersten Schritten eine abschüssige Bahn betreten, die ihn mit logischer Konsequenz weiter führte. Die Politik des Grafen Caprivi hat zwar wie jedes Handeln Resultate, aber sie hat keine wirklichen Erfolge aufzuweisen gehabt! Das Resultat ist, daß Rußland behaupten kann, „endgiltig an die führende Stelle" gerückt zu sein, daß wir Freundschaftssubsidien und Friedenstribute zahlen und daß unser Ansehen in der Welt gesunken ist, weil wir den Muth und die Entschlossenheit nicht zeigen, die wir heute noch ebenso fest und stolz in uns fühlen wie je. Graf Caprivi hat es verstanden, kalte Wasserstrahlen nicht auf die Gegner Deutschlands zu richten, sondern sie gegen den Idealismus der Nation selbst zu wenden. Wir haben in diesen vier Jahren von ihm kein einziges Wort gehört, dem man stolz hätte zujubeln können, keinen fruchtbar in nationalem Sinne zündenden Gedanken. Der Kanzler des Deutschen Reiches aber soll ein Führer der Nation sein, er soll ihr den Sinn auf das Große gerichtet erhalten, ihre Ideale pflegen, nicht sie niederschlagen. . . ."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. März.

Berlin. Im Prozeß Plack-Schweinhagen hielt Plack seine Behauptung aufrecht, daß in der Generalversammlung vom 29. Juli 1874 Dr. Miquel theilgenommen habe und daß deshalb sein Eid im Prozeß Gehlsen nicht richtig sein könne. Staatsanwalt Dresler theilte mit, er erhalte soeben von der Staatsanwaltschaft in Essen die Nachricht, daß die verschwundenen Akten des Prozesses Gehlsen mit den Zeugenaussagen in Essen zum Vorschein gekommen seien. Er habe sofort angeordnet, sie hierher zu bekommen.

Wien. Das Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage betr. die Wiener Verkehrsanlagen an. — Das Herrenhaus genehmigte das provisorische Handelsabkommen mit Rußland; ebenso das Pester Oberhaus.

London. Das Unterhaus verwarf nach mehrstündiger Debatte ohne Abstimmung die durchberathene Adresse und nahm die von der Regierung vorgeschlagene Adresse an die Königin an, aus welcher das Amendement Labouchère's entfernt ist. — Am 20. d. M. soll eine Million Pfund Sterling Schatzwechsel aufgelegt werden.

Petersburg. Der Großfürst-Thronfolger wohnte der Berathung des deutsch-russischen Handelsvertrages im Reichsrathe bei. — Die Südostbahn erhielt die Erlaubniß, 30 Lokomotiven ausschließlich in Deutschland zu bestellen.

Berlin. Reichstag. Der Rest des Reichshaushaltsetats für 1894/95 steht zur zweiten Berathung, zunächst der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern. Die Kommission beantragt, die Zuckersteuer 5 Millionen höher als seitens der Regierung veranschlagt, also mit 75,406,000 Mark einzustellen. — Abg. Dr. Paasch (nat. lib.) beantragt, nur 1,6 Mill. zuzusetzen. — Staatssekretär Graf Posadowsky will sich mit Rücksicht auf die Geschäftslage und die beim Postetat gemachten Erfahrungen auf einen Kampf gegen die Beschlüsse der Budgetkommission nicht einlassen. Die verbündeten Regierungen hielten aber nach wie vor daran fest, daß die bei der Veranschlagung der Einnahmen von ihnen befolgten Grundsätze die richtigen seien. Man möge wenigstens dem Antrage Paasch zustimmen. — Abg. Richter (freis. Volksp.): Durch die Beschlüsse der Budgetkommission sei ein schwarzer Schleier gelüftet, der über die Finanzlage gebreitet war. Jetzt sehe man klar und erkenne, daß ein Bedürfniß zu weiteren neuen Steuern nicht vorliege. Die Zuckersteuer verspreche einen noch höheren Ertrag, als den von der Budgetkommission eingestellten. Auch bei anderen Einnahmen hätte zugesetzt werden können. — Abg. von Kardorff (Reichsp.) erblickt in der Erhöhung des Ansatzes der Zuckersteuer einen ganz willkürlichen Akt, nur bestimmt, ein falsches Bild der Finanzlage zu geben. — Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt, wenn er in der Kommission die Hoffnung ausgesprochen habe, daß die Zuckersteuer steigen werde, damit nicht eine Grundlage für die Veranschlagung gegeben werden sollte. Der Voranschlag müsse auf sicheren, zuverlässigen Grundlagen erfolgen. Der Antrag der Budgetkommission wird mit kleiner Mehrheit angenommen. — Zur Branntweinsteuer beantragen die Sozialdemokraten: Den Reichskanzler zu ersuchen, nach jeder Neubemessung der Jahresmengen an Branntwein, die die einzelnen Brennereien während der Contingentsperiode zum niedrigeren Satz der Verbrauchsabgabe herstellen dürfen, spätestens bis zum Schlusse des Betriebsjahres dem Reichstage ein Verzeichniß der betreffenden Brennereien vorzulegen, deren Kontingent mindestens 200 Hektoliter beträgt, unter Angabe von Namen und Wohnsitz des Unternehmers jeder Brennerei, die nach ihrer Eigenschaft als landwirthschaftliche oder gewerbliche aufzuführen ist. — Abg. Dr. Schönlank begründet den Antrag. Nachdem man der Börse ein Börsenregister zugemuthet, sei es nur recht und billig, auch ein Liebesgabenregister einzuführen. — Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß sich die Regierung auf den Antrag nicht einlassen werde. Es handele sich hier um Proscriptionslisten, die agitatorisch ausgebeutet werden sollen. — Abg. von Kardorff (Reichsp.) weist die Behauptung zurück, daß es sich bei dem Kontingent um eine Liebesgabe handele. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Volksparteiler abgelehnt. Der Etat der Reichsstempelabgabe wird debattelos erledigt. Es folgt der Rest des Etats des Reichsamts des Innern, die Forderung für das Kaiser Wilhelm-Denkmal. Die Kommission beantragt die Bewilligung der geforderten ersten Rate von 1,000,000 Mk., aber unter Festlegung der Gesammtsumme auf 4 Millionen Mark. Referent der Budgetkommission, Abg. Graf Limburg-Stirum, giebt den ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Kommission. Letztere sei der Ansicht, daß mit 4 Millionen wohl ein dem Andenken des Kaisers Wilhelm entsprechendes Denkmal herzustellen sei und daß, wenn die Regierung erst derselben Ansicht sei, dieselbe sich von Neuem an den Reichstag zu wenden habe, ehe sie Aufwendungen für das Denkmal mache. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Wir meinen, daß 4 Millionen zu diesem Zwecke nicht genügen; wenn wir uns trotzdem dem Beschlusse der Kommission fügen, so geschieht dies, weil wir keine unnützen Demonstrationen machen wollen. Sollten sich aber die Konstellationen ändern, so würden wir den heutigen Beschluß nicht als uns für alle Zeiten bindend ansehen. — Abg. Singer (Soz.): Wir werden sowohl gegen die Vorlage, als gegen den Kommissionsbeschluß stimmen. Bei der heutigen wirthschaftlichen Lage kann man an eine solche Ausgabe nicht denken. Die Errichtung des Denkmals ist unter den heutigen Umständen weder nothwendig, noch ist sie unaufschiebbar. — Abg. Richter (freis.) erklärt Namens seiner und der süddeutschen Volkspartei Folgendes: Die Geldbewilligung hat der Reichstag sich vorbehalten. Demgemäß würden wir der Bewilligung nur unter zwei Bedingungen zustimmen. 1) daß uns nicht mehr als 4 Millionen abverlangt werden, und 2) daß uns der summarische Anschlag auf der Grundlage der 4 Millionen vorgelegt wird, damit wir innerlich überzeugt werden, daß auch mit den 4 Millionen ein vollständig ausreichendes Denkmal hergestellt werde. Wir müssen das zumal verlangen angesichts der Ausführungen des Herrn v. Stumm. Diese Ausführungen lassen tiefer blicken, als nur in das Innere des Herrn v. Stumm (Sehr richtig, links). Wir verlangen den summarischen Anschlag auch deshalb, damit nicht etwa Nachforderungen erfolgen und wohl gar auf andere Weise durch Privatlotterien gedeckt werden. — Staatssekretär v. Bötticher ist heute noch nicht in der Lage, eine endgiltige Erklärung darüber abzugeben, ob der Bundesrath dem heute zu fassenden Beschlusse des Reichstages zustimmen wird, glaubt aber kaum, daß das nicht geschehen werde, denn dieser Beschluß würde sich ja auf dem Boden des Beschlusses des Reichstages von 1890 bewegen. Wenn der Bundesrath zu der Ueberzeugung kommt, daß mit den 4 Millionen ein dem geeigneten Andenken des Kaisers Wilhelm entsprechendes Denkmal hergestellt werden kann, so wird er unverzüglich daran gehen; gewinnt er diese Ueberzeugung nicht, so wird er Ihnen mit anderen Vorschlägen kommen. Sie können also ohne Bedenken heute einen solchen Beschluß fassen. Wenn Herr Richter eine Bewilligung nur aussprechen will, wenn ihm etwa für einen neuen Plan ein Gesammtanschlag vorgelegt werde, so widerspricht er doch den früheren Beschlüssen des Hauses, welches sich keine Mitwirkung bei Ausführung des Denkmals, sondern nur die Geldbewilligung vorbehielt. Was die Einwendungen des Herrn Singer anlangen, so glaube ich, ohne zwingende Nothwendigkeit sollten wir die Errichtung dieses Denkmals nicht hinausschieben. So arm ist das Deutsche Reich nicht, daß es nicht eine Dankesschuld an den Gründer des Reiches soll abtragen können. — Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.): Meine Freunde werden für den Kommissionsbeschluß stimmen, damit derselbe möglichst einhellig zum Beschluß erhoben wird. Herrn Singer bemerke ich nur: Wir hier auf der Rechten sind einstimmig gewillt, die Dankesschuld an den verewigten Monarchen abzutragen. — Abg. Singer (Soz.): Das mögen Sie dann auch auf Ihre Kosten thun. Für uns ist allerdings die wirthschaftliche Lage nur ein Nebenmoment, wir stimmen grundsätzlich gegen die Vorlage, würden das auch thun, wenn wir im Golde schwämmen. — Abg. v. Bennigsen (nat. lib.): Wenn die Herren Singer und Genossen glauben, daß sie bei solchem Vorgehen gegen das Andenken des unvergeßlichen Kaiser Wilhelm auch die ganzen Massen der Arbeiter im Lande hinter sich haben, so irren sie sich. (Lebhafter Beifall). Wenn die Arbeiter auch zur Sozialdemokratie hinneigen, diese Aeußerungen des Abg. Singer werden sie nicht unterschreiben. — Abg. Dr. Lieber (Centr.): Die hier gefallenen Aeußerungen beweisen, welch' eine tiefe Kluft zwischen der äußersten Linken und der großen Mehrheit des Hauses besteht. Zu weiterer Unterhaltung über die Dinge wollen wir uns nicht einlassen, aus Achtung vor dem Andenken an den verewigten Kaiser und aus Achtung vor diesem Hause (Beifall). — Namens des Centrums erklärt sodann Redner, dem Beschlusse der Kommission zustimmen zu wollen. — Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.): National waren die Worte des Abg. Singer nicht, sie waren international (Beifall). Was Sie zu den Sozialdemokraten getagt haben, wird im Volke nicht verstanden werden; ehrerbietig gegen unseren verewigten Kaiser war es nicht. — Abg. Bebel (Soz.): Aus unserer Gesinnung haben wir nie ein Hehl gemacht. Herr v. Bennigsen sagt, daß wir die Arbeiter im Lande nicht hinter uns haben, aber die Arbeiter wissen ganz genau, was wir wollen und sie und wir wissen, daß der Sozialismus ohne Republikanismus nicht durchführbar ist. Aber selbst, wenn wir monarchistisch gesinnt wären, könnten wir doch einem Monarchen kein Denkmal setzen, welcher 12 Jahre lang das Sozialistengesetz über uns verhängt hat (Beifall bei den Sozialdemokraten, Pfuirufe rechts). — Abg. Liebermann v. Sonnenberg ruft den Sozialdemokraten zu: Die Imponderabilien der Volksseele kennen Sie jedenfalls nicht. Es ist bezeichnend für die Richtung, in welcher sich die Sozialdemokratie bewegt, daß die drei Herren, welche vorhin Herrn Singer am meisten Bravo zuriefen, dem Judenthume, der goldenen Internationale, angehören (Beifall

Pfund's Kraftfutter-Kindermilch. Trocken (Kraftfutter).
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79.